

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1993)
Heft: 2

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bloss grosse Worte an Umweltministerkonferenz?

Enttäuscht über die Resultate an der Umweltministerkonferenz, die Ende April in Luzern stattgefunden hatte, zeigten sich die VertreterInnen der Umweltorganisationen. Kritisiert wurde das Festhalten an der Atomtechnologie, das Fehlen einer verbindlichen Zusage über eine CO₂-Abgabe und die dürftige finanzielle Unterstützung für Osteuropa. An der Konferenz hatten die Umweltminister aus 50 Ländern eine verstärkte gesamteuropäische Zusammenarbeit auf umweltpolitischem Gebiet diskutiert.



Die westlichen Länder zeigten wenig Willen, dem Osten finanziell wirklich unter die Arme zu greifen. V.l.n.r.: Catherine Lalumiere (F), Ruth Dreifuss (CH), Klaus Töpfer (D), Janos Gyurko (H). - Key

Beide Seiten, die offizielle Konferenzleitung unter dem Vorsitz von Bundesrätin Ruth Dreifuss und die Umweltorganisationen würdigten die Tatsache, dass die Umweltverbände aus allen beteiligten Ländern als volle Partner an der Konferenz teilnehmen und ihre Vorstellungen in die Diskussion einbringen konnten. Die von den Ministern verabschiedeten Massnahmen in der Schlussdeklaration liegen allerdings weit hinter den Massnahmen zurück, wie sie die Umweltorganisationen für nötig halten.

Das verabschiedete Aktionsprogramm für Zentral- und Osteuropa wird als brauchbares Instrument für die Lösung der allerdingendsten ökologischen Probleme betrachtet. Das Programm listet nicht nur die Belastungen samt Verursachern und Folgen auf, sondern skizziert auch konkrete Lösungswege. Wichtige Elemente vermissen die Umweltorganisationen allerdings. So verlangen diese den raschen Ausstieg aus der

Atomtechnologie bei gleichzeitiger Steigerung der Energieeffizienz, da in Zentral- und Osteuropa eine noch grössere Energieverschwendung herrscht als im Westen. Das Aktionsprogramm sieht vor, dass nur die unsicheren Atomanlagen in Zentral- und Osteuropa möglichst bald stillgelegt werden sollten. Für die Umweltorganisationen kann das aber nur der erste Schritt zum globalen Ausstieg aus der Atomenergie sein, denn einen sicheren Atomreaktor gibt es nicht.

Die Umweltminister einigten sich weiter darauf "möglichst bald Entscheide zu treffen für eine Einführung einer Abgabe, die eine Begrenzung der CO₂-Emissionen bewirkt". Die Umweltorganisationen vermissen jedoch klare zeitliche Zusagen für eine solche CO₂-Abgabe. Vor allem die Vertreter der EG-Staaten, deren Industrie einen Konkurrenznachteil gegenüber den USA und Japan befürchtet, sträubten sich dagegen. Erstaunlich ist dagegen, dass

Russland angekündigt hat, im Herbst eine CO₂-Abgabe einzuführen. Einige nordische Länder haben diesen Schritt bereits gemacht.

Der kritische Punkt der Konferenz war die Finanzierungsfrage. Wie soll die Sanierung der existierenden Verschmutzung und die Einführung einer sauberen Technologie im Osten bezahlt werden? Die westlichen Länder zeigten wenig Wille, auf konkrete Finanzierungsmodelle einzusteigen, wie zum Beispiel das Abzweigen eines Teils der geplanten CO₂-Abgabe, wie dies von Dänemark und der Schweiz vorgeschlagen wurde. Es wurde auch vorgeschlagen, dass Teile der Militärbudgets angezapft werden könnten. "Für die Bekämpfung des Kommunismus wendete der Westen ein Vielfaches des Geldes auf, das er jetzt für die uns bedrohende Ökokatastrophe aufwenden will", wurde etwa argumentiert.

Gerhard Girschweiler

Zweimal Mühleberg exportiert

Die schweizerische elektrische Energieversorgung ist überhaupt nicht am Limit. Wir können es uns auch leisten, die drei alten, in Bezug auf Sicherheit kritischen AKW Mühleberg, Beznau I und Beznau II abzustellen und damit kurzfristig etwa 7,2 TWh/a (Mrd Kilowattstunden) Minderproduktion in Kauf nehmen. Dieses Fazit kann aus dem jüngsten Bulletin (Nr. 8/93) des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke VSE entnommen werden. Seit 21 Jahren meldet der VSE ununterbrochen einen positiven Stromexportsaldo. Letztes Jahr exportierte die Schweiz 4.3 TWh, das sind neun Prozent des Endverbrauchs. Zum Vergleich: Das AKW Mühleberg produziert nur 2.4 TWh/a. Selbst bei Stilllegung von Mühleberg würde die Schweiz immer noch 1.9 TWh/a exportieren. Durch eine effizientere Ausnutzung der Produktionskapazitäten könnten weitere 2.8 TWh/a gewonnen werden:

- Die Speicherseen werden wegen mangelnder Koordination ungenügend ausgelastet. Ende April 1992 betrug das tiefste Wasserniveau 17 Prozent, das entspricht 1.4 TWh nicht ausgenutzter Winter-Elektrizität.

- Die Pumpspeicherung (Wirkungsgrad 70 Prozent) belastet die Produktion mit einem unnötigen zusätzlichen-Verlust von 1.4 TWh/a.

Wegen der Rezession, mildem Wetter und nicht zuletzt einem bewussteren Umgang mit der Energie nimmt der Stromverbrauch zur Zeit nur noch wenig zu (1992: 0.6 %, die tiefste Zuwachsrate seit 1975). Das gibt uns Zeit für ein gezieltes, rasches und Arbeitsplatz-wirksames Least-Cost-Planning-Investitionsprogramm.

Least-Cost-Planning (LCP) heisst, den Franken dort einsetzen, wo am meisten Kilowattstunden herauszuholen sind, nämlich mit energiesparenden Investitionen bei den VerbraucherInnen. LCP schafft zudem Arbeitsplätze und regt die Innovation an. Ein LCP-Investitionsprogramm von etwa einer Milliarde Franken pro Jahr könnte nachhaltig etwa ein Prozent der jährlichen Energienachfrage wegrationalisieren.

SES

Versorgung auch ohne Atom nicht gefährdet

Bei Gesprächen zum Energiepolitischen Konsens in Deutschland haben die Stromkonzerne ausdrücklich bestätigt, dass in Deutschland auch ohne Atomstrom die Lichter nicht ausgehen. Wenn die Politik eine Stromversorgung ohne Atomstrom wolle, müsse sie aber auch die Verantwortung dafür tragen, sagte RWE-Vorstand Dietmar Kuhn.

Der Boss des grössten deutschen Stromkonzerns, der für alle deutschen Stromerzeuger sprach, prägte mit seinem Vorstoss die erste Gesprächsrunde von Umweltverbänden, Gewerkschaften, Stromerzeugern und Industrie zum Energiekonsens. Die Umweltverbände begrüßten Kuhns Stellungnahme ausdrücklich. Wenn so deutlich gesagt wird, dass der Ausstieg möglich ist, sind wir endgültig weg von der Steinzeitdebatte", freute sich BUND-Geschäftsführer Onno Poppinga.

Die Ökologen drängen jetzt darauf, die Möglichkeiten für eine Stromerzeugung ohne Atomkraft in kommenden Gesprächsrunden auszuloten. Heinz Laing von Greenpeace sagte, über einen möglichen Energiemix aus Energieeinsparung, fossilen und regenerativen Energien solle beim nächsten Treffen gesprochen werden. Dabei werde es auch um die praktische Umsetzbarkeit und die Kosten gehen.

Die Initiative der Gespräche hatten nicht etwa die zuständigen Minister, sondern die Stromkonzerne und Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder (SPD) ergriffen. RWE-Manager Kuhn räumte ein, die "desolante Situation" bei der Entsorgung des Atomabfalls sei eines der Hauptmotive der Stromkonzerne für die jetzigen Verhandlungen.

taz, 21.4.93

Kalte Dusche für Nagra-Opposition

Dreimal hat die Nidwaldner Landsgemeinde seit 1987 Initiativen der Nagra-Opposition gutgeheissen, nun ist sie erstmals auf einen nagra-freundlichen Kurs geschwenkt: Der Abbau von Valanginien-Mergel, der für ein allfälliges Endlager am Wellenberg von Bedeutung

ist, wird nicht konzessionspflichtig. Mit diesem Volksentscheid dürfte der Nidwaldner Standort als Endlager von schwach- und mittelmäßig radioaktivem Abfall noch stärker in den Vordergrund rücken.

TA, 26.4.93

US-Energiesteuer: wann zieht EG nach?

"Bill Clinton ist kein Umweltpräsident, und die Aussichten für weitreichende Initiativen in der Klimapolitik sind einfach mager." Umweltökonom Roger Dower gehört bestimmt nicht zu den Pessimisten in Washington. Der frühere Chefökonom der US-Kongresses und heutige Wissenschaftler am World Resource Institute will die Erwartungen nur nicht allzu hoch schrauben, und nach zwölf Jahren Reaganomics sind schon kleine Schritte ein Erfolg - wie die geplante allgemeine Energiesteuer. Die Steuer soll für alle konventionellen Energieträger erhoben werden. Für Atomstrom kassiert der Staat genauso wie für Kohle, Gas und Öl werden doppelt so hoch besteuert, Sonne, Wind und Wasser gar nicht.

Bill Clinton will 1994 mit der Abgabe einsteigen. Ab 1996

soll sie jährlich 22 Milliarden Dollar einbringen. Die Stromrechnungen eines durchschnittlichen US-Haushaltes würde monatlich allerdings nur um 3,50 Mark steigen, und der Liter Benzin wäre 1996 ganze drei Pfennige teurer. Kosten pro Familienhaushalt insgesamt: 100 bis 150 Dollar im Jahr.

Europäische Umweltexperten hoffen, Clintons Steuer könnte die Europapolitiker veranlassen, ihre auf Eis gelegte Energiesteuer zu reaktivieren und so die Blockade in der internationalen Klimapolitik zu brechen.

taz 6.3.93

Inszenierter GAU im Juni

In Frankreich soll im Juni ein Atomunfall simuliert werden, der ein wesentlich grösseres Ausmass hat als der GAU in Tschernobyl. Der Versuchsreaktor ist allerdings fünftausendmal kleiner als ein normaler Druckwasserreaktor. Ziel des gefährlichen Experiments ist es, herauszufinden, was während und nach einem schweren Unfall in dem AKW und seiner Umgebung genau passiert. Seit Ende der 60er Jahre untersuchen Forscher die Folgen eines Atomunfalls - das

jetzt geplante Experiment aber übertrifft alle bisher simulierten Katastrophen. Nicht nur der Kühlwasserzufluss zum Reaktorkern soll unterbrochen werden; das radioaktive Material wird auch über ein Kühlsystem, das ebenfalls defekt ist, in die Umgebung gelangen. Die Wissenschaftler in der Atomanlage PHEBUS in Südfrankreich gehen davon aus, dass die Strahlung nicht aus dem Versuchsgebäude austreten kann. Aber nicht nur Inge Lindemann von Greenpeace hält ein solches Experiment für "absolut fahrlässig". Selbst ein Berater der Genehmigungsbehörde warnt vor einer unkontrollierbaren Entwicklung des Versuchs. Geplant sind fünf weitere simulierte GAUs in den nächsten sechs Jahren.

taz 19.3.93

Raketen-Plutonium "verbrennen"

Die russische Regierung und eine US-Firma haben sich nach Informationen der New York Times auf den Bau eines Atomkraftwerkes verständigt, das mit Plutonium zu verschrottenen Atomraketen betrieben werden soll. Der 1,5 Milliarden Dollar teure Reaktor eröffnet die Möglichkeit, atomwaffenfähiges Plutonium zu "verbrennen" und zugleich Energie zu erzeugen. Kritiker zeigten sich weniger begeistert. Es lenke nur vom Ziel ab, Plutonium gänzlich aus der Nutzung zu verbannen.

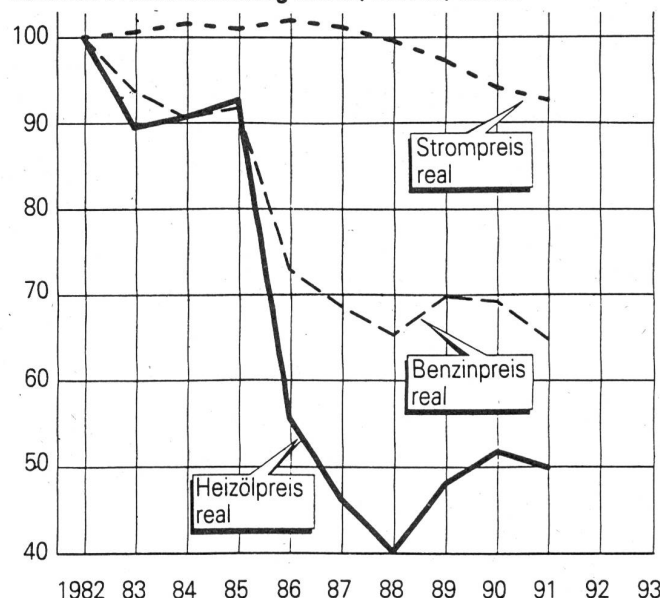
taz 7.4.93

Wodka aus AKW

Im AKW Nischni Nowgorod soll künftig Wodka statt Strom entstehen. Das AKW, das nie ans Netz gegangen war, wird damit zu einem Bestandteil des wichtigsten örtlichen Wirtschaftszweigs. In Nischni Nowgorod gibt es schon heute sieben Brennereien.

NZZ 6.1.7. 2.92

Konsum-Preisentwicklung Heizöl, Benzin, Strom



Noch nie waren die Energiepreise in der Schweiz so billig. Deshalb verschwendet sie mehr Energie denn je (Weltwoche, 1.4.93)

